

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dinsdorf 4196/4198



Abdruck für Berlin und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Dönhofsplatz 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Bogen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist, giltunglos für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 25. Dez. 1931.

Ein Schritt vorwärts?

Das Ergebnis der Baseler Verhandlungen.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Reichskabinettt befasste sich am Mittwoch-Abend u.a. auch mit dem Ergebnis der Baseler Verhandlungen. Die Reichsregierung bevollmächtigte den deutschen Delegierten im Sonderausschuss bei der BIZ., dem Schlussbericht der Sachverständigen seine Zustimmung zu geben.

Unter dem zeitlichen Druck des bevorstehenden Weihnachtsfestes sind zwei wichtige Verhandlungen, die die Weltöffentlichkeit seit Tagen in Spannung hielten, in aller Eile zu Ende geführt worden: In Washington hat der Senat das Hoover-Moratorium ratifiziert und in Basel hat der Sonderausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich seinen Bericht über die deutsche Zahlungsfähigkeit fertiggestellt.

Gehören diese beiden Weihnachtsbotschaften zu denen, die den "Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" zu bringen geeignet sind? Die Ratifizierung des Hoover-Planes war eine Selbstverständlichkeit, seine Ablehnung wäre ein internationaler Skandal gewesen. Statt der erforderlichen Zweidrittelmehrheit hat der Senat sogar mehr als eine Fünftelmehrheit zugunsten der Initiative des Präsidenten aufgebracht. Allerdings kann Hoover von Glück reden, dass er seinerzeit so vorsichtig war, sich im voraus der Zustimmung von 69 Senatoren in feierlicher Form zu versichern. Bis auf eins haben ihm alle diese Mitglieder trotz einer leidenschaftlichen Opposition bis zuletzt Gefolgschaft geleistet, um sich nicht selbst zu desavouieren. Aber ohne die seinerzeitige Festlegung der Senatoren durch Hoover wäre das Abstimmungsergebnis wahrscheinlich ein ganz anderes gewesen. Jedenfalls ist das Prestige Hoovers, gegenden von der Minderheit ausserordentlich schwere Anklagen erhoben worden sind, aus diesem Kampfe alles eher denn gestärkt hervorgegangen. Die Aussichten für weitere Schritte der amerikanischen Regierung im Sinne eines Entgegenkommens gegenüber den europäischen Staaten sind fast auf den Nullpunkt gesunken. Die Resolution des Abgeordnetenhauses, die sich gegen eine Streichung und selbst gegen eine Herabsetzung der interalliierten Schulden richtet, hat die Bewegungsfreiheit Hoovers für die Zukunft ausserordentlich eingeengt. Dabei scheinen vorwiegend innerpolitische Gründe die Stellungnahme der meisten amerikanischen Parlamentsmitglieder bestimmt zu haben. Die Partei der Demokraten, die bei den letzten Teilwahlen stark zugenommen hat, wollte den Präsidenten, der aus dem Lager der Republikaner hervorgegangen ist, ihre Macht fühlen lassen.

Aber welche Beweggründe auch bei diesem parlamentarischen Kampf in Washington massgebend gewesen sein mögen, die Wirkung der dortigen Beschlüsse auf Europa dürfte kaum ausbleiben. Für die Franzosen war die schroff ableh-

nende Haltung grosser Teile des amerikanischen Parlaments gegen weitere Zugeständnisse in der interalliierten Schuldenfrage ein Grund oder zumindest ein Vorwand für die von ihnen geforderte Aufrechterhaltung des Youngplanes. Kein Zweifel, dass der Verlauf der Debatte in Washington den Verlauf der Beratungen in Basel stark beeinflusst hat. Mit äusserster Hartnäckigkeit hat sich der französische Delegierte im Sonderausschuss, Professor Rist, unterstützt von dem belgischen und dem jugoslawischen Vertreter, dagegen gewandt, dass in den Bericht irgendwelche konkreten Vorschläge aufgenommen werden, die im Widerspruch zu dem Wortlaut des Youngplanes stehen würden. Ursprünglich hatte sich die französische Gruppe überhaupt dagegen gewehrt, dass die Reparationslasten entsprechend einer Forderung Deutschlands in Zusammenhang gebracht werden mit der Wirtschaftskrise, unter der nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt so schwer leidet. Aber die Drohung des deutschen Vertreters, Dr. Melchior, dass er einen Bericht nicht mitunterzeichnen könnte, der den offenkundigen Zusammenhang zwischen Reparation und Wirtschaftskrise nicht ausdrücklich erwähnen würde, scheint den französischen Delegierten im Sonderausschuss der BIZ schliesslich doch zum Einlenken veranlasst zu haben. Dagegen soll die Forderung des englischen, des amerikanischen und der neutralen Vertreter, dass der Bericht die Priorität der Privatschulden gegenüber den Reparationslasten ausdrücklich bejaht, nicht in Erfüllung gegangen sein. Immerhin dürfte der Bericht manche Partien enthalten, die der Gesamtlage Deutschlands weitgehend Rechnung tragen, denn ohne dem wäre die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Baseler Ergebnis, die u. W. im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten erfolgt ist, nicht ausgesprochen worden. Wesentlich ist natürlich der Wortlaut des Berichts, wesentlich besonders hinsichtlich der Beurteilung, ob Basel einen Schritt vorwärts bedeutet und die Welt an einem neuen Wendepunkt steht.

Die Auswertung des Baseler Beschlusses wird Anfang Januar auf einer Konferenz der an dem Youngplan interessierten Regierungen vorgenommen werden. Aber es muss heute schon gesagt werden, dass alle, die guten Willens sind und an die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise mit Mut und Weitblick herangehen wollen, den Bericht des Baseler Sonderausschusses nur in dem Sinne werden auslegen können, dass das ganze bisherige System der Reparationen schleunigst beendet werden muss. Trotzdem darf man sich nicht darüber täuschen, dass ein solcher kühner Beschluss von der Januarkonferenz kaum zu erwarten ist. Die Haltung des amerikanischen Parlaments hat den französischen Nationalisten neue Argumente geliefert, und wenige Wochen vor den französischen Neuwahlen wird die Pariser Regierung sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, dass sie die deutschen Reparationen ohne entsprechende amerikanische Zugeständnisse preisgegeben habe. Deshalb wird auch die Januar-Konferenz wahrscheinlich nur eine Teillösung bringen, der aber bald eine endgültige Klärung folgen muss, weil ohne dem die Weltwirtschaftskrise nicht zu überwinden ist.

SPD. Basel, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

In dem Bericht des Sonderausschusses bei der BIZ wird, wie zuverlässig verlautet, festgestellt, dass die deutsche Wirtschaftskrise die Ursache der Weltwirtschaftskrise ist. Von diesem Wesichtspunkt aus haben die Sachverständigen in ihrem Bericht mehrere Empfehlungen an die Regierungen niedergelegt. Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Beratungen haben die Sachverständigen nicht gezogen. Von den Empfehlungen wird jedoch gesagt, dass sie nur einen Erfolg bringen können, wenn sie sofort durchgeführt werden.

Der Wortlaut des Berichts wird am Donnerstag veröffentlicht werden.

SPD. Der Prozess gegen die Kurfürstendamm-Rowdies (Helldorf und Genossen) geht im Schnecken-tempo weiter. Ob mit der Zeugenvernehmung noch im alten Jahr begonnen werden kann, erscheint immer zweifelhafter. Inzwischen werden die "Märchenerzählungen" der ihren Prozess völlig auf die leichte Achsel nehmender Angeklagten weiter fortgesetzt. Das Gericht hört sich den faustdicken Schwindel der SA-Helden mit Engelsgeduld an. Bei der Vernehmung benehmen sich die Rowdies teilweise so flegelhaft, dass der Staatsanwalt scharf eingreifen muss. Als Staatsanwaltschaftsrat Stehnik am Mittwoch das Verhalten eines sich besonders rüpelhaft gebärdenden Nazis mit Recht als "Unverschämtheit" bezeichnet, hatten die Verteidiger die Stirn, das Gericht um Einschreiten gegen diese "Beleidigung" zu bitten.

Einige der Angeklagten haben sich neue Schwindelpointen ausgedacht. Mädchenamen, von denen man in den ersten Verhandlungen nichts gehört hat, taucht verwunderlicherweise auf. Ganz besonders lächerlich sind die Lügen eines Angeklagten, der am Tatabend eigentlich seine Freundin Lotte in Halensee besuchen wollte und auf diesem Wege an der Gedächtniskirche beim Verprügeln von Juden stecken blieb. Inzwischen haben die Verteidiger, unter denen sich wieder das Schreckenskind der nationalsozialistischen Anwaltschaft, Rechtsanwalt Freisleitner aus Kassel, durch unfreiwilligen Humor auszeichnet, ihre erste Niederlage erlitten. Ihre Haftentlassungsanträge für die 24 noch in Haft befindlichen Angeklagten sind vom Gericht am Mittwoch bis auf drei abgelehnt worden. Dieser Spruch dürfte die Siegesicherheit der Kurfürstendamm-Rowdies einigermaßen dämpfen.

SPD. Giessen, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Leitung der nationalsozialistischen Kreisgeschäftsstelle in Giessen hat neuerdings der verkrachte Pächter des Boxheimer Hofes Dr. Wagner übernommen. Wagner wurde mit dem Amt von Hitler betraut, trotzdem gegen ihn als Mitverfasser der Boxheimer Dokumente zur Zeit bei der Oberreichsanwaltschaft in Leipzig ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt. Damit hat sich Hitler mit den Bankerottteuren von Boxheim solidarisch erklärt und damit erfährt die Annahme weitere Nahrung, dass die Boxheimer Blutdokumente mit Wissen der Nazi-Führung in München fabriziert worden sind.

SPD. Die Verstöße der Nazifraktionen des Braunschweigischen und Sächsischen Landtages gegen das Uniformverbot der Reichsregierung haben den Reichsinnenminister zu schriftlichen Vorstellungen bei der Braunschweigischen und Sächsischen Regierung veranlasst. Der entscheidende Passus in dem Schreiben an die Braunschweigische Regierung hat folgenden Wortlaut:

"Das Auftreten der Landtagsmitglieder in Uniform mag, so weit es als Meinungsäußerung im Sinne des Artikels 36 der Verfassung anzusehen ist, der strafrechtlichen Ahndung entzogen sein. Es bleibt aber und ist selbstverständlich auch als solche gewollt, eine Demonstration gegen die Autorität des Reichsoberhauptes, von dem in der letzten Notverordnung des Reiches das Tragen solcher Uniformen ausserhalb der eigenen Wohnung verboten wurde. Demonstrationen solcher Art verstossen gegen die parlamentarische Ordnung, zu deren Wahrung zwar nicht die Regierung, aber der Präsident des Landtags verpflichtet ist. Ich bitte Sie daher, sich mit dem Präsidenten des Landtages in Verbindung zu setzen und ihm nahezu legen, dass er in Ausübung seiner Ordnungsgewalt weitere solcher Demonstrationen gegen den Reichspräsidenten unterbindet."

Die Vorstellungen des Reichsinnenministers bei der Braunschweigischen und

Sächsischen Regierung sind im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten erfolgt. Man darf aus ihnen schlussfolgern, dass die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten weitere Massnahmen plant, falls die Herren Nazi-Abgeordneten in Braunschweig oder Sachsen künftig wiederum gegen das Uniformverbot verstossen sollten.

+ + +

Der braunschweigische Nazi-Minister hatte im November den sozialdemokratischen "Volksfreund" in Braunschweig auf 7 Tage verboten. Der Reichsminister des Innern hob dieses Verbot sofort nach Eingang der Beschwerde des braunschweigischen Verlags auf. Daraufhin wandte sich Nazi-Minister Klagges beschwerdeführend an das Reichsgericht. Diese Beschwerde ist inzwischen vom Reichsgericht verworfen worden. Damit ist die angekündigte Schadensersatzklage des Braunschweiger Verlags gegen Nazi-Klagges fällig geworden.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete Sixte-Quenin hat für den Fall, dass der Vorsitzende der Weltrechtskommission Mandel trotz der erlittenen Niederlagen noch einmal versuchen sollte, seinen Wahlreformvorschlag vor die Kammer zu bringen, folgenden humoristischen Gegenentwurf eingebracht:

Art. 1. Alle Gesetze über die Kammerwahlen werden aufgehoben. Art. 2. Im Innenministerium wird eine Ernennungskommission eingerichtet, die beauftragt ist, die Kandidaten für die verschiedenen Kammersitze zu bezeichnen. Diese Kommission soll aus je 3 Delegierten der folgenden politischen Verbände: Demokratisch-republikanische Allianz, Republikanische Föderation, Liberale Volksaktion und Action Francaise (alles nationalistische Parteien) sowie 3 vom Innenminister bezeichneten Mitgliedern zusammengesetzt sein. Art. 3. In der Nähe des Sitzungssaals der Kommission müssen Krankenwagen bereit stehen.

Mit diesem Entwurf soll die Debatte über den Mandelschen Vorschlag verzögert werden, da nach der Geschäftsordnung zuerst über etwaige Gegenentwürfe beraten werden muss.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Die am 14. November von dem Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold mit dem Führer der Delegation der UdSSR., Botschafter Chintschuk, eröffneten Wirtschaftsverhandlungen, die dem Zwecke dienen, den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen eine festere Grundlage und Möglichkeiten für eine weitere Ausgestaltung zu schaffen, sind am 22. Dezember durch Unterzeichnung eines Protokolls zum Abschluss gebracht worden. Die Beschlüsse dieses Protokolls, die der Genehmigung der beiden Regierungen unterliegen, dienen besonders der Beseitigung von Schwierigkeiten, die infolge der Weltwirtschaftskrise auf allen Absatzmärkten und somit auch im deutsch-russischen Warenverkehr in der letzten Zeit entstanden waren. Der Verlauf der Besprechungen, die unter Hinzuziehung der beiderseitigen beteiligten Wirtschaftskreise geführt worden sind, lässt erwarten, dass das den Verhandlungen gesteckte Ziel erreicht werden wird."

SPD. Bonn, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Eine Revision des Reichsversicherungsamtes der Rheinprovinz ergab, dass der Geschäftsführer Hüsch sich Unregelmässigkeiten bei der Verwendung der Invalidenmarken hat zuschulden kommen lassen. Die Höhe der unterschlagenen Summe steht noch nicht genau fest. Man glaubt jedoch, dass ein Betrag von annähernd 30 000 Mark unterschlagen worden ist. Die Untersuchung ist noch im Gange.

SPD. Die deutschnationalen Bankerotteure haben im Preussischen Landtag einen Antrag auf Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung eingebracht. Die Verordnung sei nicht geeignet, den in ihrem Titel "zur Sicherung des Haushalts, zur vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung, sowie zur besseren Verteilung und sparsamen Nutzung der Arbeitskräfte" hervorgehobenen notwendigen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Aber wie dem besser als es durch die Notverordnung geschieht, entsprochen werden kann, verraten die Herren deutschnationalen Bankerotteure nicht. Es ist die alte Methode: Was im Reich oder in Preussen auch beschlossen wird, alles wird von diesen Bankerotteuren heruntergerissen, ohne dass sie sich auch nur einen Augenblick den Kopf darüber zerbrechen, wie es besser gemacht werden kann. Sie kritisieren um der Kritik willen in der Hoffnung, dass ihnen die Not des Volkes neuen Zulauf bringen könnte.

SPD. Magdeburg, 23. Dezember (Eig. Drahtb)

Am Mittwoch-Abend wurde Hermann Beims von vielen Tausenden Magdeburger Proletariern zur letzten Ruhe geleitet. In der gewaltigen Stadthalle, wo Beims vor wenigen Jahren den Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie im Namen der Stadt Magdeburg begrüßte, war die Leiche aufgebahrt. Tausende zogen am Mittwoch an dem von Blumen und Kränzen bedeckten Sarg vorbei. Reichsbannerleute hielten die Totenwacht. Hunderte von Kranzschleifen in den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik, die roten Farben des Sozialismus und die Stadtfarben von Magdeburg leuchteten aus frischem Grün.

Der Trauerfeierlichkeit wohnten Vertreter der Stadt- und Provinzbehörden ohne Unterschied der Parteirichtung bei. Vom Parteivorstand der Sozialdemokratie und für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion waren der Parteivorsitzende Otto Wels und Reichstagspräsident Paul Löbe erschienen. Als die Witwe von Hermann Beims mit ihren Kindern, von Oberbürgermeister Reuter begleitet, den Saal betraten, erhob sich die Trauerversammlung. Dann leitete das städtische Orchester die Feier mit dem Trauermarsch aus Beethovens "Eroika" ein. Anschliessend schilderte Oberbürgermeister Reuter das Wirken des Mannes, der in vorbildlicher Weise nicht nur für die seiner Obhut anvertraute Stadt mit aller Kraft gearbeitet hat, sondern auch als Kämpfer für die Ideale seiner Ueberzeugung eingetreten ist. Ein Volk, das solche Männer besitze, werde leben und sein Schicksal meistern. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Dr. Falck gedachte der hervorragenden Verdienste des Verstorbenen um Magdeburg und den preussischen Staat zugleich im Namen der preussischen Staatsregierung. Der Präsident des deutschen Städtetages Dr. Mulert feierte Beims als grossen Kommunalpolitiker, dessen Rat im Städtetag unentbehrlich gewesen sei und dessen Andenken stets in Ehren gehalten werde.

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei nahm dann deren Vorsitzender Otto Wels das Wort zu einer eindrucksvollen Gedächtnisrede für den Kämpfer Hermann Beims. Die Nachricht von seinem Tode habe in die Reihen der Arbeiterschaft eingeschlagen wie ein Wetterschlag. Schwer sei es, jetzt Abschied zu nehmen von einem, dem die Arbeiterbewegung so viel verdanke. Sein ganzes Wirken habe denen gegolten, die im Schatten leben und denen er ein Stück Sonne erkämpfen wollte. Wenn Hermann Beims sein Wort für etwas eingesetzt habe, so sei es wahr geworden. Er sei der Treuesten einer gewesen, den die Sozialdemokratie besessen habe. Wels schloss: "Ich hatt' einen Kameraden, einen bessern findst du nicht...."

Es folgte das Ave Verum von Mozart, gesungen von den Solisten und dem Singschor des Magdeburger Stadttheaters, anschliessend das Largo von Händel auf der Orgel. Unter den Klängen feierlichen Orgelspiels wurde der Sarg dann hinausgetragen. Draussen hatten unterdessen Fahnenträger des Reichsbanners Aufstellung genommen. 100 schwarz-rot-goldene Fahnen mit Flor behangen senkten

sich vor dem Sarg. Nochmals wenige Minuten feierlichen Gedenkens und dann formierte sich ein endloser Zug, um die sterbliche Hülle von Hermann Beims durch die Stadt hindurch zum Westfriedhof zu begleiten. In der Kapelle des Westfriedhofes stattete der Reichstagsabgeordnete Ferl, der vorsitzende des Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei Magdeburg-Anhalt, namens der Magdeburger Arbeiterschaft dem Toten den letzten Dank ab.

Das Leichenbegängnis war eine gewaltige Demonstration für einen der besten Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Perpignan ist nunmehr ebenfalls, wie kürzlich in Toulouse, eine von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete Friedens- und Abrüstungskundgebung von Royalisten gestört worden. Gleich nach Eröffnung der Versammlung, in der Frau Perlen-Stuttgart und Frau Chuchesse aus Paris sprechen sollten, stürmten die royalistischen Störenfriede die Tribüne, worauf heftige Schlägereien folgten. Die Polizei verhaftete vier Anführer der Royalisten. Da die Störungsversuche trotzdem fortgesetzt wurden, erklärte der diensthabende Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst und ordnete die Räumung des Saales an. Die Veranstalter der Kundgebung und ein Teil des Publikums versammelten sich später in einem Privatsaal. Sie nahmen zwei Entschlüsse an und zwar eine gegen die Störenfriede und die andere für eine vollkommene und allgemeine Abrüstung.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmte in seiner Mittwoch-Sitzung der Senkung von Postgebühren mit Wirkung vom 1. Januar 1932 zu. Die Senkung soll sich, um bei der Höhe des zur Verfügung stehenden Betrages von 120 Millionen Mark wirksam zu sein, auf zwei wichtige Verkehrszweige, den Paket-, und den Fernsprechverkehr erstrecken. Am 28. Dezember wird der Arbeitsausschuss des Reichspostverwaltungsrats und am 29. das Plenum des Verwaltungsrates zusammentreten, um die endgültige Entscheidung zu treffen, insbesondere um die Einzelheiten der Gebührensenkung festzusetzen.

SPD. Im Einverständnis mit der Bayerischen Staatsregierung hat der Reichskommissar für Preisüberwachung aufgrund der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 den Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes Dr. Zahn-München für das Gebiet des Landes Bayern zu seinem Beauftragten bestellt und ihn ermächtigt, von den ihm zustehenden Befugnissen Gebrauch zu machen.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Briand empfing am Mittwoch den japanischen Botschafter in Paris Yoshizawa und den Stellvertreter des chinesischen Völkerbundsdelegierten Szw, Hu. Die Unterredung dürfte sich auf die Zusammensetzung der nach China zu entsendenden Untersuchungskommission bezogen haben. Zugleich wird mitgeteilt, dass der Amerikaner Hynes, der die Vereinigten Staaten in der Kommission vertreten sollte, diese Mission aus persönlichen Gründen abgelehnt hat

SPD. Die Berliner Stillhalteverhandlungen sind ins Stocken geraten. Es musste eine schtägige Weihnachtspause eingelegt werden, weil zwischen den Vertretern der Gläubigerbanken und den deutschen Delegierten bisher kein Einvernehmen über den Rückzahlungsmodus der deutschen Privatschulden erzielt werden konnte. Eine Einigung über diese Frage ist aber mindestens ebenso wichtig wie eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems. Die deutsche und die europäische Krise würde sich ungeheuer verschärfen, wenn nicht vor Ablauf der vorläufigen Stillhaltungsfrist am 29. Februar ein neues langfristiges Abkommen zustande kommt.

SPD. Rom, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Einsturzunglück in der Vatikanischen Bibliothek hat entgegen den anfänglichen Erwartungen doch 5 Personen - mehreren Arbeitern und einem Gelehrten - das Leben gekostet. Ausserdem gelten 15 000 Bände der Bibliothek, meist Werke über Deutschland und England, als verloren. Insgesamt verfügt die vatikanische Bibliothek über 500 000 Werke.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission des Senats hat am Mittwoch das Abkommen zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich mit 19 gegen 5 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen gebilligt. Vorher hatte sich die Bank von Frankreich bereit erklärt, eine Summe von 50 Millionen Francs mehr als ursprünglich vorgesehen war, für die Tilgung des ihr zur Deckung des 2½ Milliardenverlustes gegebenen Schatzbons zu zahlen. Der Annahme der Vorlage durch den Senat dürften jetzt keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Schiffsfriedhöfe.

Wenn "Anna Luise" ausgedient hat.

SPD. Im Hamburger Hafen liegen 250000 Tonnen Laderaum auf. Sechshundert nautische Offiziere mit Kapitänspatent und Tausende von Schiffsheizern, Deckarbeitern, Stuarts etc. sind ohne "Schanz".

Jenseits der Seestädte, dort, wo der Hafenzustand verebbt und das Hämmern und Kreischen der Werften nur noch schwach herüberklingt, wo die ausfahrenden Schiffe allmählich auf Fahrt kommen und dem Meere zusteuern, liegt überall ein einsamer Hafeneinschnitt. Nur wenige Baken kennzeichnen die Einfahrt. An Bollern und Pfählen, an Bojen und Ketten wohlvertäut, schaukelt sich dort eine wunderliche Flotte auf den trüb-ölgigen Fluten. Seltsame Fahrzeuge, mit gekappten Masten, rostigen, durchlöcherten Schornsteinen, ohne Rahen und Takelage, mit fleckiger Aussenhaut liegen die Schiffe still und schweigsam vor Ort und nirgends ist ein Mensch zu sehen, der auf den Deckplanken spaziert oder neugierig ins Innere der Schiffe dringen möchte. Der Besuch wäre auch wenig lohnend. Gähnende Leere und grausige Stille herrscht überall an Bord. Die Kajütentüren schlagen im Winde, sofern überhaupt noch welche zu finden sind, und dort, wo einst stampfende Maschinen und zischende Kessel den Schiffen pulsierendes Leben einhauchten, klaffen riesige Löcher. Die Maschinen sind nicht mehr, blanken Metallteile fehlen, tote Wracks, so starren die Schiffe dieses Hafenschlauches in die trübe Dämmerung nordischer Regentage. Wir sind auf dem Friedhof der Schiffe, im letzten Hafen, den schliesslich auch der stolzeste Dampfer einmal wird ansteuern müssen, wenn nicht Naturgewalten ihren weiten Fahrten ein frühes Ende bereiten.

Die Schiffe, oder besser die traurigen Ueberreste von Schiffen, sind nicht zufällig hier gelandet. Ihre letzte Fahrt vom Abrüstungshafen der Werften zum Schiffsfriedhof wird durch das Gesetz bestimmt. Nach einem bestimmten technischen Alter, nach der Absolvierung einer bestimmten Seefahrtzeit, die im Schiffsjournal registriert wird, genau wie beim Fahrtenbuch, werden dem Schiff plötzlich die "Pässe" verweigert; die Fahrten nach Uebersee, mit einem Bauch voller Kohlen, Maschinen oder Passagiere, sind für immer zu Ende. Wegen Ueberalterung und Gefährdung der Schifffahrt muss das Schiff den Weg nach dem Friedhof antreten; auch dann, wenn der schöne leuchtende Anstrich dem Laien ein jüngeres Alter vortäuscht. Hat eine besondere staatliche Ueberwachungskommission die Seefähigkeit der alten Schiffe geprüft und starke Alterserscheinungen vorgefunden, die sowohl die Besatzung, als auch das anvertraute Ladegut gefährden könnten, dann wird die Klarierung für die Ausreise verweigert. Das Schiff muss in die Werft und wird zunächst von den Altmaschinen- und Metallhändlern ausgeschlachtet. Maschinen, Metallteile, Wohnrichtungen, Takelage, Ketten und Spieren, alles wird herausgerissen. Von den Masten bis zum kupfernen Kajütendach wird vom Schiffe entfernt, was sich anderweitig noch irgendwie verwerten lässt. Der ausgeplünderte, aufgerissene Schiffsrumpf wird dann nach dem Friedhof geschleppt und liegt dort verstümmelt, bis auch die letzten Planken seiner Aussenhaut an die Eisenhütten zum Verschrotten verkauft worden sind.

Auf den Friedhöfen liegen alle Schiffsgattungen friedlich neben einander Kriegs- und Handelsschiffe, Schnelldampfer und Tramps, Steamer und Segler, ein kurioser Atlas der technischen Entwicklung der Seeschifffahrt in den letzten Jahrzehnten! Mancher Seemann trifft dort alte Bekannte wieder, die "Anna Luise", die "Laurie", den "Meteor", den "Greif", die "Fortuna" und wie sie alle geheissen haben mögen, als sie blank und stolz zum ersten Male fremde Erdteile ansteuerten, Wellenberge durchstampften und Taifune durchzitterten. Nun liegen sie hier wohlvertäut und geruhsam nebeneinander, von allen, selbst von den treuesten Schiffsgenossen, den Ratten, verlassen.

In den einzelnen Ländern ist die Altersgrenze ganz verschieden festgesetzt worden. Als die Welthandelskrise sich noch nicht auf die Seefahrt erstreckte, geschah es oft, dass in Deutschland und Grossbritannien ausser Dienst gestellte Schiffe noch nicht abgewrackt und verschrottet wurden. Die Schiffseigner anderer Staaten, in denen die Altersgrenze höher lag oder überhaupt noch nicht gesetzlich festgesetzt worden war, kauften diese Schiffe billig auf und verwandten sie wiederum für grössere Reisen. Besonders die Handelsflotten der Mittelmeerstaaten und Südamerikas weisen heute noch eine Reihe umgetaufter Schiffe auf, die längst auf deutschen oder britischen Schiffsfriedhöfen ihr Ende gefunden haben müssten. Diese technisch längst überfälligen Schiffe sind eine stetige Gefahr für die Mannschaften. Nur allzu oft werden sie Opfer der Stürme oder bewegter Seen. Bei den Fahrleuten nennt man diese überalterten Schiffe "Totenschiffe" und fürchtete sie sehr. Man weiss, dass Reeder, die solche Schiffe noch auf weite Fahrten schicken, meist weniger mit den Ertragnissen der Ladung als mit denen der Versicherungen rechnen!

Natürlich sind gegenwärtig, da ein Ueberangebot an Schiffsraum im Weltverkehr vorhanden ist, auch die Schiffsfriedhöfe übervölkert. So versuchten einige Staaten zu Beginn der Krise das Ueberangebot zu Frachtraum dadurch herabzumindern, dass sie durch gesetzliche Akte die Altersgrenze der Schiffe willkürlich herabsetzten und so eine Reihe von Schiffen aus ihrer Handelsflotte ausser Dienst stellten. Italien zum Beispiel ordnete eine Herabsetzung der Altersgrenze um 15 Jahre an. Genützt hat dieses Vorgehen kaum, nur das Schrottangebot auf den Schiffsfriedhöfen wurde dadurch gesteigert. Und heute liegen allein in Hamburg mehr als eine viertel Million Tonnen Schiffsraum auf: das sind beinahe hundert Schiffe, die seit Monaten und Jahren ohne Frachten sind und verrotten, sie haben kaum noch Platz auf den alten, engen Schiffsfriedhöfen.

Das Ueberangebot an Schiffsschrott, hat in den letzten Jahren dazu geführt, das sich kaum noch Abnehmer für alte, abzuwrackende Schiffe fanden. Die wackligen, alten Fahrzeuge, zusammen mit den seit langem ausser Dienst befindlichen anderen Schiffen der Welthandelsflotten verstopften allmählich die Häfen und behinderten die Abwicklung der Geschäfte in der Seefahrt. Deshalb hat man zu neuen barbarischeren Methoden gegriffen. Amerika ist dabei voran gegangen. Es werden keine neuen, fälligen Schiffsfriedhöfe mehr erbaut. Man lässt die alten Schiffe durch die Kriegsmarine auf hohe See hinaus schleppen, öffnet dort die Bodenventile und zündet die Schiffe an. Den Wellen und Flammen preisgegeben versinken glühend und zischend die alten Kästen ins Meer. Fünfzig Jahre hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, mag er versaufen ...

W.S. e

+ + +

Urteil gegen 138 Angeklagte. In den sizilianischen Städten Tarapani, Enna und Sciacca wurden drei Riesenprozesse gegen die Maffia durchgeführt. 138 Angeklagte erhielten insgesamt 469 Jahre Zuchthaus.

+ + +

Die Sklarek-Kredite. In der Mittwochsitzung des Berliner Sklarekprozesses kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten Leo Sklarek und dem angeklagten früheren Stadtbankdirektor Hoffmann. Leo Sklarek betonte, dass die Stadtbank ihre Kredite ohne genaue Unterlagen gegeben hätte, während Hoffmann immer wieder auf die Sorgfältigkeit seiner Geschäftsführung hinwies und zum Ausdruck brachte, dass er niemals einen Eingriff oder Hinweis bezüglich der Revisionen gemacht habe. Leo Sklarek führte demgegenüber aus: "Hoffmann hat unser Konto gehütet wie eine Mutter ihr Kind". Auch sonst kam es zu heftigen Widersprüchen zwischen den Aussagen Sklareks und Hoffmanns; vorläufig sind die Stadtbankvorgänge noch ziemlich ungeklärt.

+ + +
Frankfurter Goethe-Programm. Goethes 100. Todestag am 22. März 1932 wird im Römer von Frankfurt/Main durch eine Feierlichkeit begangen werden, zu der als Redner der Frankfurter Goethe-Preisträger Dr. Albert Schweitzer bestimmt worden ist. Im August findet in Frankfurt unter Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden eine Goethe-Gedächtniswoche statt, vorher ausserdem die Jahresversammlung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, die Jahrestagung der rheinischen Dichter und eine Festwoche der Universität Goethe-Aufführungen der Theater sollen dem Gedenkjahr künstlerischen Glanz verleihen.

+ + +
Verhaftete Aktienfälscher. Unter dem dringenden Verdacht der Mitgliedschaft an einem internationalen Aktienfälscherkonsortium wurden von der Berliner Kriminalpolizei der 45 Jahre alte Johann Nevinger und der 69-jährige Kaufmann Friderici verhaftet. Sie werden beschuldigt, gefälschte amerikanische Wertpapiere im Betrag von etwa 100 000 Dollar in Umlauf gesetzt zu haben. Nach weiteren Spuren der Fälscherbande wird gefahndet.

+ + +
Der Fall Wedel-Parlow. Der Fall des des Wechselbetruges beschuldigten früheren Berliner Landgerichtsdirektor von Wedel-Parlow und seiner 18 Mitangeschuldigten wird immer umfangreicher und undurchsichtiger. Die Rolle des Herrn von Wedel-Parlow ist noch nicht geklärt. Er selbst behauptet, das Opfer von Erpressern geworden zu sein. Jedenfalls war er Rechtsberater eines mehr als zweifelhaften Darlehensvermittlungsinstituts, in dessen Namen und Auftrag eine Reihe gross angelegter Betrugsmanöver durchgeführt worden sein sollen. Einige der Angeschuldigten sind flüchtig.

+ + +
Urteil gegen Batum-Matrosen. Vom Schnellgericht Emden wurden 18 Matrosen des vor wenigen Tagen in Emden eingelaufenen deutschen Dampfers "Afrika", die in Batum in Streik getreten waren, "wegen Meuterei" zu Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten verurteilt.

+ + +
Liebe und Verbrechen. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete den Wohnungseinbrecher Nierzwicki, der Ende August des Jahres in die Wohnung eines Kaufmann D. in Berlin-Charlottenburg eindrang und für 40 000 Mark Wertsachen erbeutete. Die Polizei stellte fest, dass niemand anderes als die Frau des bestohlenen Kaufmanns durch Vermittlung des früheren schwer vorbestraften Leipziger Kriminalbeamten Ruwel, ehemals Chef einer Bande von Taschendieben, an Nierzwicki herangetreten war und ihn zu dem Einbruch veranlasst hatte. Frau D. wollte durch die Versicherungssumme, auf deren Erhalt sie gehofft hatte, die missliche geschäftliche Lage ihres Mannes verbessern. Sie legte im Polizeipräsidium ein volles Geständnis ab und schilderte die Beweggründe zu ihrer Verzweiflungstat, von der ihr Mann nichts gewusst hatte. Ruwel konnte festgenommen werden. Frau D. wurde in ihre Wohnung entlassen.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Gewerkschaften und Arbeitslose.

SPD. Den Scharfmachern ist in der Hetze gegen die Gewerkschaften jedes Mittel recht. Auch vor der schmutzigsten Verleumdung schrecken sie nicht zurück. Sie bemühen sich jetzt, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften aufzuputschen. So schrieb vor kurzem die "Deutsche Bergwerkszeitung", das Organ der Grubenbarone, die Gewerkschaften hielten sich bei der Winterhilfe scheu im Hintergrund. Dabei seien doch gerade die Gewerkschaften am meisten berufen, zu helfen, und durch ihre grossen finanziellen Mittel, die doch in erster Linie mit aus den Beiträgen der bedürftigsten Kreise des Volkes stammen, auch dazu gut in der Lage. An Mitteln könne es den Gewerkschaften nicht fehlen; denn überall, wo man hinschaue, hätten sie in den letzten Jahren grosse Verwaltungsgebäude, Kassen- und ähnliche kostspielige Bauten aufgeführt, die alle mit einem gut bezahlten Beamtensstab besetzt seien.

Soweit der Schmutz der Bergwerkszeitung. Ein Blick in das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt jedem, der sich über die unmittelbare Hilfe der Gewerkschaften für die Arbeitslosen unterrichten will, dass im Jahre 1929 die dem ADGB angeschlossenen Verbände 45,2 Millionen Mark als Arbeitslosenunterstützung gezahlt haben; im Jahre 1930 waren es 77,4 Millionen, und in diesem Jahr wird die Unterstützungssumme ebenfalls ein gewaltiges Opfer der Solidarität der Gewerkschaften mit den Arbeitslosen darstellen.

Dazu kommt die indirekte Hilfe der Gewerkschaften für die Arbeitslosen. Wo wäre die Arbeitslosenunterstützung im weitesten Sinne des Wortes, d.h. die Unterstützung der Versicherung, in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrt in diesen fürchterlichen Zeiten hingekommen, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären? Es gibt ja Länder, in denen die Gewerkschaften leider nicht die Kraft haben wie in Deutschland. Dieser Tage veröffentlichte die "Vossische Zeitung" eine interessante Reportage aus Canada, die einen erschütternden Einblick in das dortige Arbeitslosenland gibt, von dem vor allem die deutschen Einwanderer betroffen sind. Die meisten der deutschen Einwanderer, so heisst es in dem Bericht der "Vossischen Zeitung", verfluchen den Tag, an dem sie Deutschland verliessen. Wie viele gibt es, bereit und fähig zu jeder Arbeit, die seit dem Tage ihrer Ankunft in Canada, also seit mindestens einem vollen Jahr - solange ist die Einwanderung schon geschlossen - noch nicht eine Stunde Arbeit und Verdienst hatten. Die mitgebrachten Ersparnisse sind verbraucht, und nun müssen sich die arbeitslosen Deutschen entweder bei deutschsprachigen kirchlichen Organisationen durchfüttern lassen, oder sie fallen der städtischen Wohlfahrt zur Last. "Ich habe", so erzählt der Reporter der "Voss", "Männer weinen sehen wie kleine Kinder, wenn sie von Deutschland sprachen: "Ja, auch dort wäre es schlecht, aber es gebe doch die Arbeitslosenunterstützung und man gälte nicht als arbeitsscheuer Verbrecher, wenn man kein Geld verdienen könne!" Und wie stets in den Vereinigten Staaten, dem früher von den deutschen Unternehmern so viel gepriesenen kapitalistischen Land ohne Sozialversicherung? Wenn eine Brücke über den Ozean führte - auf den Knien würden die Arbeitslosen aus dem Kapitalistenparadies zur deutschen Republik herübereutschen, wo - dank den Bemühungen der Gewerkschaften für den Arbeitslosen immerhin noch ein Stück Brot gesichert worden ist.

Und gegen diese deutschen Gewerkschaften will das Scharfmacherpack die

Arbeitslosen aufputschen! Solche Frechheit ist nur möglich, weil heute in Deutschland die Hetze gegen die Gewerkschaften grosse Mode geworden ist. Jeder Lump beeilt sich heutzutage in Deutschland, an dieser Hetze teilzunehmen, und nur deshalb ist es dem Organ der Grubenbarone möglich, seinen Aufputschversuch zu wagen, ohne sofort ausgelacht zu werden. Es rechnet im übrigen mit der Vergesslichkeit der Menschen. Wer hat denn die Hetze gegen die Arbeitslosen entfacht und damit das Signal zum Unterstützungsabbau gegeben? Doch niemand anders als der sozialreaktionäre scharfmacherische Flügel des Unternehmertums. Und diese selben Herrschaften entdecken jetzt auf einmal ihr Herz für die Arbeitslosen!

Einige Gewerkschaftsverbände haben Verwaltungsgebäude gebaut. Jawohl! Aber in diesen Gebäuden wird wenigstens für die Arbeitslosen etwas geleistet. Von den Nazikasernen, die Hitler jetzt überall im Reich einrichten lässt, kann man das nicht behaupten. Und mit welchem Gelde werden diese Kasernen hergerichtet, eingerichtet und ausgerüstet, wenn nicht mit dem Geld eben der Herrschaften, die erst gegen die Arbeitslosen hetzten und jetzt die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften hetzen! Wenn die Scharfmacher jetzt plötzlich ihr Herz für die Arbeitslosen entdeckt haben - warum geben sie dann ihr Geld für die Ausrüstung von Hitler-Kasernen. Die Rüstung für den Bürgerkrieg kostet ein Heidengeld. Warum wird dieses Geld nicht für die Winterhilfe verwendet. Weil die Arbeitslosen Hitler und seine industriellen Geldgeber nur als Kanonenfutter des Bürgerkriegs interessieren.

SPD. Die kommunistische Ruhrpresse brachte dieser Tage eine Schwindel-meldung über einen "Husemann-Stegerwald-Pakt". Sie lügt darin dummdreist allerhand über ein Streikbruchgelöbnis der Gewerkschaftsführer des Ruhrgebiets zusammen und beschimpft in der üblichen Weise die Gewerkschaftsfunktionäre als Verräter und Lakeien.

Die Wahrheit ist einfach. Sie besteht darin, dass die Gewerkschaftsführer den Reichsarbeitsminister mit aller Schärfe und Deutlichkeit auf das den Bergarbeitern angetane Lohnabbauunrecht aufmerksam gemacht haben. Sie betonen dem Minister gegenüber, dass die Bergleute infolge des Lohnabbaus und der Feierschichten vielfach mit ihrem Verdienst unter die Wohlfahrtsunterstützung heruntersinken. Der Minister antwortete, er habe sich bis zum letzten bemüht, das Ausnahmerecht gegen die Bergarbeiter abzuwehren. Man stehe jedoch infolge des Drucks des ausländischen Wettbewerbs im Kohlenbergbau in einer Zwangslage. Wenn nicht weitere Entlassungen erfolgen sollten, müssten die Preise herabgesetzt werden, eine Preissenkung von 10% sei aber nur möglich durch einen entsprechenden Lohnabbau. Auf Anfrage der Verbandsvertreter teilte der Reichsarbeitsminister mit, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auch über den 1. Januar 1932 hinaus von den Untertagearbeitern nicht gezahlt zu werden brauchten, da eine weitere Kürzung der Bergarbeiterlöhne untragbar sei.

Statt nun diese einfachen Tatsachen der Arbeiterschaft mitzuteilen, und dazu Stellung zu nehmen, kommt die kommunistische Presse mit einer hundsge-
meinen Verleumdung. Aber so ist es bei uns in Deutschland: die Dreckmäuler beschimpfen die, die für die Arbeiter trotz der Not und trotz allen Schwierigkeiten etwas herauszuholen suchen. Die weitere Sicherung der Befreiung der Bergarbeiter von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung besorgen die Gewerkschaften. Das Lügen und Schimpfen besorgen die Kommunisten.

SPD. Für die Bankangestellten hat der Sonderschlichter Heitmann aufgrund der Notverordnung am Mittwoch eine bindende Entscheidung getroffen. Danach werden die Gehälter im allgemeinen um 12% gesenkt. Der Tarif ist bindend bis zum 30. Juni 1932. Seine Aufkündigung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Juli 1932 erfolgen.

SPD. Der Niederländische Fabrikarbeiterverband umfasst zur Zeit über 30 000 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 4 000 Mitglieder hinzugekommen. Wie der Verbandsvorsitzende De Junge auf einer dieser Tage in Amsterdam stattgefundenen Sitzung des Verbandsbeirats mitteilte, zählt die Organisation nach Stilllegung der Ziegeleien bald rund 10 000 Arbeitslose. Für den Streik in der Strohappenindustrie der Provinz Groningen habe der Verband bisher 600 000 Gulden an Streikunterstützung gezahlt. Man hoffe, dass der Streik mit einem Erfolg der Arbeiter endigen werde. Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde auf der Beiratssitzung einstimmig gutgeheissen.

SPD. Die Lohnzahlung bei Borsig soll nach einer Mitteilung der Werksleitung nunmehr so gut wie sichergestellt sein. Die Auszahlung könne ohne Schwierigkeiten am Donnerstag erfolgen. Man hoffe, doch grössere Beträge aus erheblichen Aussenständen hereinzubekommen, die man ohnehin für die am Ultimo fällig werdenden Gehalts- und Lohnzahlungen benötige.

SPD. Für die Kaliindustrie wurde von dem Sonderschlichter Dr. Classen in der Lohnfrage folgende Entscheidung gefällt: die in der Lohn tafel vom 1. Februar 1929 festgesetzten Lohnsätze werden ab Januar um 15% gekürzt. Die Kürzung erstreckt sich nicht auf die Leistungsprämien und Zulagen, ebenso nicht auf die festen Sonderzuschläge.

SPD. In Preussen ist die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen im November von neuem stark in die Höhe gegangen. Es wurden bei den Bezirksfürsorgeverbänden 999 585 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt gegenüber 920 408 am Ende des Vormonats. Es ergibt sich also für November eine Zunahme um 79 177 oder 8,6%. Die Zunahme ist etwas stärker als im Oktober (71 282). Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 26,2 Wohlfahrtserwerbslose.

In den Landgemeinden und kreisangehörigen Städten ist der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen im Berichtsmonat infolge des weiteren Rückströmens der vorübergehend in der Landwirtschaft, in den Zuckerfabriken und mit Aussenarbeiten beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen, wie im Vormonat, erheblich stärker gewesen als in den Stadtkreisen.

Von den Wohlfahrtserwerbslosen haben 57 470 (Oktober 62 591) in Fürsorge- oder Notstandsarbeit gestanden.

Wirtschaft Technik Handel

Drama der Handelspolitik.

Eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

SPD. Die in diesem Jahre vom Reichswirtschaftsministerium wieder herausgegebene "Uebersicht über den Stand der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands im Jahre 1931" und für die handelspolitischen Abkommen speziell zum 15. Dezember 1931 (Kontinent- und Uebersee Verlagsgesellschaft Berlin W.9) enthüllt ein erschütterndes Bild von der dramatischen Entwicklung, die die wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen der Völker im Laufe des Jahres 1931 erfahren hat. Alle Versuche, die seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise auf handelspolitischem Gebiet zu deren Bekämpfung mit bestem Willen unter der Leitung des Völkerbundes und zwischen einzelnen Staatentruppen unternommen worden sind, sind gescheitert. Die regulären handelsvertraglichen Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern sind auf grossen Gebieten der europäischen- und der Weltwirtschaft gestört oder eingeschränkt. In katastrophaler Weise hat sich die Erschütterung der Währungssysteme auf handelspolitischem Gebiet ausgewirkt.

Aus dem Jahre 1930 waren die Versuche einzelner wirtschaftlich einigermaßen aufeinander abgestimmter Staatengruppen in das Jahr 1931 hinüber gerettet worden, durch eine gebietliche Verständigung untereinander die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu verstärken und nach aussen wirkungsvoller zur Geltung zu bringen. Hier wurden 1931 keine Fortschritte mehr gemacht. Die nordwestliche Ländergruppe (Holland-Dänemark, Norwegen, Schweden und Belgien) hat die wirtschaftliche Annäherung zwar vollzogen, praktisch kam sie aber nicht zur Auswirkung. Die nordöstliche Gruppe (Finnland und die drei Randstaaten) haben die begonnenen Verhandlungen nicht fortgesetzt. Bei der südöstlichen Gruppe (Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn) beschränkte sich die Zusammenschlussarbeit auf Konferenzen; das praktische Ergebnis aber war gleich Null. Viel hat die Welt von dem Genfer Handelsabkommen vom März 1930 erwartet, das den allgemeinen Zollfrieden, d.h. die Abschaffung von Einfuhrverboten und die Nichterhöhung bestehender Zölle bringen sollte. Im März 1931 scheiterte der letzte Versuch zur Verwirklichung des Zollfriedens, der Plan musste endgültig aufgegeben werden.

Es wurde dann noch unter der geistigen Leitung der Labour-Regierung in England der Zollfriede wenigstens teilweise durchzuführen versucht. Grossbritannien und Holland und eine Anzahl Festlandsstaaten, darunter auch Deutschland, sollten in zweiseitigen Verhandlungen zur Senkung der Zolltarife und sonstigen Erleichterungen in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen. Von England wurden der deutschen, französischen, belgischen, schweizerischen, italienischen, österreichischen und polnischen Regierung Anregungen zur Herabsetzung von Zollsätzen überreicht; die Verhandlungen kamen aber ins Stocken, aus dem Plan wurde nichts. Die in der deutschen Handelspolitik scharf umkämpfte ebenfalls auf der Völkerbundskonferenz 1930 angeregte Gewährung von Vorzugszöllen für die Getreide ausführenden Länder Südosteuropas führte zwar mit Rumänien und mit Ungarn im Juni und Juli 1931 zu fertigen Verträgen. Der Völkerbund hat diese Verträge auch anerkannt. - aber mehrere Meistbegünstigungsstaaten, die diesen Sonderverträgen zustimmen mussten, haben ihre Genehmigung versagt, sodass die Inkraftsetzung der Verträge unterbleiben

musste. Der diplomatisch mit grossem Ungeschick inszenierte Plan der deutsch-
österreichischen Zollunion ist ebenfalls zusammen gebrochen.

Wurde so nichts Neues geschaffen, um mit handelspolitischen Mitteln der
Weltwirtschaftskrise zu begegnen, so stürzte etwa seit Mitte 1931 auch das
noch brauchbare Alte auf sehr weiten Gebieten zusammen. Die Denkschrift des
Reichswirtschaftsministeriums sagt: "Konnte so nicht ein einziger der ver-
schiedenen Pläne zur Durchführung gelangen, die auf eine engere wirtschaft-
liche Zusammenarbeit zwischen den Staaten abzielten, so zeigte sich im Gegen-
teil seit der Mitte des Jahres 1931 ein geradezu erschreckendes Anwachsen der
protektionistischen Massnahmen in den verschiedenen Ländern. Die weitere Ver-
schärfung der Weltwirtschaftskrise und die dadurch herbeigeführte Entblössung
der meisten Notenbanken der Welt von den ihnen zur Verfügung stehenden Devi-
sen und Goldreserven hatten zur Folge, dass eine grosse Anzahl von Staaten sich
veranlasst sah, einschneidende Vorkehrungen zum Schutze ihrer eigenen Wirt-
schaft, zur Verringerung der ausländischen Einfuhr und zur Erhaltung des De-
visenbestandes zu treffen. In fast allen diesen Ländern hat eine starke Pro-
paganda für die Bevorzugung inländischer Erzeugnisse und zur Abwehr auslän-
discher Waren eingesetzt".

Alle diese Dinge sind so frisch in Erinnerung, dass ihre Aufzählung ge-
nügt. Die Aufzählung aber zeigt, wie furchtbar die Zerstörungen sind, die
in dem wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Völkern in dieser entsetzlichen
aller Wirtschaftskrisen eingetreten sind. England gab den Freihandel auf.
Jetzt werden Wertzölle von 50 und 100 Prozent von England erhoben. Holland,
Frankreich, Belgien, Dänemark, Italien, Osterreich, Bulgarien, Polen, Litauen, Est-
land und Finnland haben viele Zölle erheblich erhöht oder allgemeine Finanz-
zuschläge bei sämtlichen Tarifen erhoben. Neben der Politik der Zollerhöhung
und der Finanzzölle hat die Methode der Einfuhrkontingentierung und der Ein-
fuhrverbote in Frankreich, Spanien, der Schweiz, Osterreich, Tschechoslowakei,
Jugoslawien, Polen, Dänemark und anderen europäischen Staaten weitgehend An-
wendung gefunden. In den überseeischen Ländern und in den Kolonien des briti-
schen Imperiums ist es nicht anders. In nicht weniger als 17 europäischen
und 9 überseeischen Ländern besteht eine Zwangsbewirtschaftung der Devisen.
Sie beschränkt sich aber nicht nur auf Erfassung und rationelle Zuteilung von
Devisen für Einfuhr- und gegen schädliche Kapitalverkehrszwecke, wie das noch
in Deutschland der Fall ist, sondern ein grosser Teil dieser Länder benutzt
die Devisenbewirtschaftung zu einer Drosselung der Einfuhr, was durch eine
unterschiedliche Zuteilung bei den einzelnen Einfuhrwaren sehr leicht möglich
ist.

Das Reichswirtschaftsministerium kommt angesichts dieser Entwicklung für
die deutsche Handelsbilanz zu einer pessimistischen Voraussage. Im Jahre
1931 war die deutsche Handelsbilanz noch sehr günstig. Durch starke Senkung
der Einfuhr und einem sehr viel geringeren Rückgang der Ausfuhr stieg der
Ausfuhrüberschuss des Jahres 1930 von 1,6 Milliarden im Jahre 1931 auf schät-
zungsweise 3 Milliarden Mark. In Zukunft aber ist nach der Auffassung des
Reichswirtschaftsministeriums mit Sicherheit eine Verbesserung dieses Aus-
fuhrüberschusses nicht mehr zu erwarten, sondern eher das Gegenteil. Die
Preissenkung bei Rohstoffen und Lebensmitteln des Weltmarktes habe sich si-
cher ihrem Tiefpunkt stark genähert. In der deutschen Ausfuhr aber werden die
Preisstellung durch die massenhaften protektionistischen Massnahmen ebenso
sicher ungünstig beeinflusst werden, wobei wahrscheinlich ein bestimmter Teil
der deutschen Ausfuhr überhaupt wegfallen werde. Auf der anderen Seite könne
Deutschland die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln nicht unbeschränkt
verringern, sodass unausweichlich eine Verschlechterung der Handelsbilanz ein-
treten müsse.

SPD. Der Freiskommissar Dr. Gördeler hat die Berliner Presse am Mittwoch über die weiteren Ergebnisse seiner Preisabbauaktionen unterrichtet.

Das wichtigste sind die Verringerungen der sogenannten Bäcker- und Flei- scherspannen. Bei der Brotpreiskalkulation soll ab 1. Januar keine höhere Spanne als 14 Pfennig für das Kilogramm Brot berechnet werden dürfen. Bäcker- spannen, die unter diesem Satz liegen, dürfen nicht erhöht werden, abgesehen von bestimmten einzelnen Orten, in denen der Nachweis gesteigerter Unkosten erbracht wird. Die Brotfabrikanten haben eine Senkung der Spanne um 8,5 % Prozent zugesagt. Für die Fleischer wurden statt der bisherigen prozentualen Verdienstspanne zwischen Grosshandels- und Kleinhandelspreisen bestimmte Verdienstspannen in Pfennigen festgesetzt. Wo sie örtlich niedriger liegen, dürfen sie nicht erhöht werden. Bei Schweinefleisch gilt eine Spanne von 15 gegenüber bisher 16,5 Pfennig, bei Rindfleisch eine Spanne von 20 gegenüber bisher 24 Pfennig, bei Kalbfleisch eine Spanne von 25 gegen bisher 29 Pfennig, bei Hammelfleisch eine Spanne von 25 gegenüber bisher 26,4 Pfennig. Die neuen Verdienstspannen für die Fleischer treten sofort in Kraft. Ob diese schematische Regelung zweckmässig ist, und nicht hier und da sogar rechnere- rische Verteuerungen herbeiführen kann, wird sich noch zeigen. Der Deutsche Fleischerverband hat sich bereit erklärt, seinen Mitgliedern die Einhaltung bestimmter Preisspannen zu empfehlen.

Für Berlin ermässigt sich der Brotpreis beispielsweise ab 1. Januar für das gewöhnliche Graubrot von 50 auf 45 Pfennig je 1 250 Gramm. Die Brotfabri- ken werden den Brotpreis von 52 auf 48 Pfennig senken. In den Städten Leip- zig und Dresden sind Preisherabsetzungen wie in Berlin beschlossen worden.

Den städtischen Verkehrsunternehmungen wird die Beförderungssteuer so lange generell erlassen, als alle durch die Notverordnung ersparten Beträge zu Tarifsenkungen verwendet werden. Die deutschen Gaswerke müssen bis zum 31. Dezember ihre Vorschläge über Tarifsenkungen dem Reichskommissar einrei- chen. Mit 3 000 Elektrizitätswerken, die bis zum 10. Januar berichten müssen, wird verhandelt.

SPD. Der Geschäftsbericht der Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter-Berlin) für das Jahr 1930 liegt jetzt vor. Der späte Termin der Veröffentlichung erklärt sich daraus, dass die Dewog eine Dachgesellschaft ist, die mit ihrem eigenen Bericht erst herauskommen kann, wenn die Abschlüsse der Tochtergesellschaften und die Tochtergesellschaften selbst revidiert worden sind. Um eine schnellere Veröffentlichung zu ermögli- chen, ist das Geschäftsjahr der Dewog jetzt von Juni bis Juni gelegt worden.

Auch für die Dewog war 1930 wegen der Beschränkung des Wohnungsbaues schon ein Jahr relativ starker Einschränkung, wenn man Vergleiche mit früheren Jahren zieht. Die starken Vorgriffe vieler Gemeinden auf die Hauszinssteuer und die Beschneidung der öffentlichen Mittel hat sich auch bei der Dewog aus- gewirkt; nur für den Kleinwohnungsbau ergab sich eine gewisse Belebung durch das zusätzliche Wohnungsbauprogramm des Reiches. Immerhin betreute die Dewog im Jahre 1930 rund 7 980 Wohnungen; sie beschaffte für 20 Millionen Mark erst- stellige Hypotheken, wobei die Gelder in erster Linie wieder von der Volks- fürsorge-Hamburg, ausserdem aber von der Reichsversicherungsanstalt für Ange- stellte und der Hannover'schen Bodenkreditbank zur Verfügung gestellt wurden. Der Dewog-Kontrolle unterstanden im Jahre 1930 Zwischenkredite im Betrage von 24 Millionen Mark.

Angesichts der verschlechterten Lage hat die Dewog die Ende 1929 be- schlossene Kapitalerhöhung von 1 auf 3 Millionen Mark nur zu einem kleinen Teil durchgeführt, was zweckmässig erscheint. Es wurden 375 000 Mark neue Aktien untergebracht. Die Generalversammlung hat beschlossen, die Erhöhung des

Kapitals von 1,00 auf 1,37 Millionen als endgültig anzusehen. Gewinnrechnung und Bilanz weisen einen Gewinn von 33 429 Mark aus gegen 28 083 Mark im Jahre 1929.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt Gesamteinnahmen von 1,41 Millionen Mark, denen allgemeine Geschäftskosten von 1,21 Millionen Mark gegenüberstehen. Die Abschreibungen konnten von 45 000 auf rund 120 000 Mark erhöht werden. In der Bilanz zeigt sich bei den Verpflichtungen eine Steigerung von 0,46 auf 2,01, bei den laufenden Forderungen eine Erhöhung von 0,48 auf 1,81, bei den Beteiligungen eine Vermehrung von 0,72 auf 1,01 Millionen Mark. Die Bankguthaben waren Ende 1930 gegenüber dem Vorjahr von rund 300 000 auf rund 116 000 Mark verringert.

Ohne Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Dez.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Mittwoch sehr ruhigen Verkehr. Sie war die letzte vor den Feiertagen. Die Geschäftstätigkeit hielt auch daher in engsten Grenzen. Das Angebot in promptem Weizen und Roggen war nur gering, aber auch die Nachfrage hielt sich in engsten Grenzen. Soweit Abschlüsse bekannt wurden, blieben die Preise ziemlich unverändert. Auch am Markte der Zeitgeschäfte kamen nur wenig Abschlüsse zustande. Die Notierungen wiesen nur ganz geringfügige Abweichungen nach beiden Seiten auf. Das Mehlgeschäft blieb gleichfalls sehr lustlos. Für Hafer war die Tendenz eher abgeschwächt. Gerste wurde kaum umgesetzt.

	22. Dez.	23. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	212 - 214	212 - 214
Roggen	190 - 192	190 - 192
Braugerste	151 - 164	151 - 164
Futter- und Industrierogerste	148 - 150	148 - 150
Hafer	134 - 142	134 - 142
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	26,75 - 30,75	26,75 - 30,75
Roggenmehl	25,75 - 27,80	25,75 - 27,80
Weizenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 225½-226 (Vortag 225½), März 236-236½ (236), Mai 244½ (244). Roggen Dezember 199-198 Brief (199½), März 207½ (208), Mai 214 (214½), Hafer März 156 plus Brief (157).

SPD. Die arbeitstägliche Erzeugung der deutschen Walzwerke betrug im November 15 439 Tonnen gegen 15 556 Tonnen im Oktober und 22 772 Tonnen im November vorigen Jahres.

SPD. In den amerikanischen Autofabriken herrscht gegenwärtig fast völliger Stillstand. In der Zeit vom 1. November bis zum 5. Dezember wurden insgesamt nur 41 600 Wagen produziert gegen 194 400 Wagen in der gleichen Zeit des Vorjahres, die auch schon eine ungünstige Produktion aufwies.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES SPD

Berlin, den 23. Dezember 1931.

Der Chinesenkopf.^x

SPD. Im Leihhause, das ich hin und wieder aufzusuchen gezwungen bin, stand oben auf dem Geldschrank ein Chinesenkopf. Eckig war sein Gesicht, tief schwarz glänzten die Haare, lang hin; der dünne Bart von der Oberlippe in zwei grossen Bogen um die Mundwinkel nach dem Kinn herab und wie ein dickes Schiffstau "der Zopf" ihm hinten". Aus kalten, leeren Drachenaugen starrte sein Blick in die Ferne wie über den halben Erdkreis hin.

Vor Jahren habe - so erzählte der Leihhausbesitzer - ein junges, sehr hübsches Mädchen den merkwürdigen Chinesenkopf versetzt. Das Pfand sei dann verfallen. Doch niemand wolle den Kopf erwerben, weil er zu hässlich sei. Er übe darum das Amt eines Wächters auf dem Geldschrank aus. In der Dämmerung leuchte sein Blick geheimnisvoll, das Haar glänze wie ein tiefes Moorwasser, und die safrangelbe Hautfarbe seines Antlitzes gewinne das Aussehen einer endlosen toten Wüste.

Während dieser Worte hatte der Leihhausinhaber meinen Anzug, der längst nicht mehr neu, sondern gerade noch versatzfähig war, gemustert. "Schreiben wir acht Mark", sagte er. "Könnten es nicht zehn sein", wollte ich fragen; aber da grinste oben vom Geldschranke her der Chinesenkopf mich drohend an. Ich schwieg und ging mit acht Mark und dem Leihschein nach Hause.

"Hm!" überlegte ich, "ein junges, sehr hübsches Mädchen soll den Kopf versetzt haben. Wie kam das hübsche und sicher sehr lebensfrohe Mädchen zu dem alten, sehr hässlichen und jeden Frohsinn ertötenden Chinesenkopf! Vielleicht hatte das junge, hübsche Mädchen das tönernen Gebilde gehasst, weil es so fern und Fremd blicken und drohen konnte. Vielleicht auch war der Kopf ein Hochzeitsgeschenk gewesen, das einst die Eltern des jungen Mädchens von irgendeiner Tante bekommen hatten. Es gab ja einmal eine Zeit, in der Tonbüsten und Tonköpfe die grosse Mode waren! Ja, so konnte es sein! Das junge Mädchen hatte den ihm unsympathischen Kopf los sein wollen und ihn darum einfach im Leihhause für ewige Zeiten "sichergestellt". -

Es war Frühling geworden. Ich trug meinen Wintermantel ins Leihhaus. Der Chinese fand das anscheinend ganz in der Ordnung; denn er grinste nicht, sondern machte ein so kluges Gesicht, dass ich unwillkürlich an den Urweisen seines Volkes, den grossen Lao-tse, erinnert wurde. Da gerade mein Urlaub begann kaufte ich mir den Tao-the-king - das Hauptwerk Lao-tse's - als Lektüre für meine Erholungsreise, denn ich schätze die Gedankengebäude fremder Völker, die oft ursprünglicher und weniger "abgedacht" sind als die unsrigen und einen weiten Blick in eine uns völlig neue Welt- und Lebensauffassung eröffnen.

Mit dem Tao-the-king lag ich täglich an der Ostsee zwischen Dünengräsern oder unter Kiefernzwipfeln. Wellenplätschern und Windessang, Wolkenwandern und die tiefen Gedanken jenes fernen Weisen einten sich in meinem Empfinden zu einem wunderschönen Liede beschaulicher Einsamkeit, das weder durch schlechtes Wetter noch durch sonstige Störungen zur Disharmonie wurde.

Eines Tages kamen neue Gäste, zwei junge Damen. Sie fanden, da alle Tische besetzt waren, Platz an meinem, an dem ich allein sass. "Der Junggesellentisch" hiessen wir bald. Wir machten gemeinsame Ausflüge und Bootsfahrten. Sons waren wir uns gleichgültig, und unsere Unterhaltungen loteten nicht in die geheimnisvollen Tiefen heisser Empfindungen, sondern tänzelten im ungefährlichen

Brackwasser der üblichen Gespräche. Bis Fräulein Margarete abreiste und Fräulein Lucie allein zurückblieb. Sofort steuerten unsre Worte mit natürlicher Selbstverständlichkeit auf die hohe See gehaltvoller Diskussionen.

Eines Tages erwähnte ich Lao-tse und nahm sein bisher von mir nur in tiefer Einsamkeit gelesenes Büchlein hervor. Wunderbar wirkten Name und Weisheit des grossen Chinesen auf Lucie. Sie wollte wissen, wie ich gerade auf den Ostasien gekommen sei; es gäbe doch andre Dichter genug. Ich nannte ihr meine Gründe, sprach aber nicht vom Leihhause, sondern projizierte den Kopf in ein Schaufenster.

Gräser nickten um uns, Wellen glitzerten, der Wind kostete mit Halmen und auf unsern Gesichtern. Düneneinsamkeit, Sonnenstille schlieferten uns ein. Und plötzlich küssten wir uns. Hand in Hand gingen wir heim. noch fünf traumschönen Tage zwischen Strandgräsern und Wellenspiel, zwischen Mövenlied und wandernden Sonnenleuchten durften wir erleben. In Berlin verlobten wir uns. -

Inzwischen wurde es Spätherbst und kühl. Ich ging ins Leihhaus, um meinen Wintermantel einzulösen. Da stutzte ich. Der Chinese rehlte! Er sei verkauft, sagte der Besitzer, gestern, an eine sehr hübsche junge Dame, die Gefallen an der schwarzgelben, dämonischen Figur gehabt habe. Natürlich bedauerte ich lebhaft das Verschwinden des Chinesenkopfes, ohne den ich mir das Leihhaus garnicht recht vorstellen konnte.

Um fünf Uhr holte ich Lucie vom Büro ab. "Fritz, ich habe eine Ueberraschung für Dich!" rief sie mir schor von weitem zu. Ich riet hin und her. Alles war falsch.

Als wir aber zu Hause ankamen, - grinste, starrte der Chinese mich an, mein Leihhauschinese! Meine Augen wurden gross wie die seinen. "Nanu! Kennt Ihr Euch?" fragte überraschte Lucie und errötete. "Ja! Gewiss!" stotterte ich. "Flüchtig, gelegentlich". Dann erzählte ich; diesmal wahrheitsgetreu vom Leihhause. Wir lachten über den gemeinsamen Bekannten, und Lucie scherzte: "Der Chinese bringt sie an den Tag" - nämlich unsre bis dahin streng geheimehaltenen Geldnöte. Wir taufte den Chinesen Lao-tse, malten ihm den Namen auf die Brust und ernannten ihn zum Schutzherrn unsrer späteren Häuslichkeit. Nicht lange danach heirateten wir. Den Kopf stellten wir auf den Garderobenschrank.

Wir hatten aber nicht mit Lore gerechnet. Lore war unsre Papageiendame, ein Geschenk von Tante Frieda. Sie war entsetzt über das Schwarz und Geld im stummen Gesichte des Chinesen und über die Drachenungeheuerlichkeit in seinem Blick, der leer und kalt über den halben Erdkreis zu wandern schien. Eines Tages flog Lore wütend auf den Schrank und stürzte sich auf den Chinesen. Der polterte auf den Boden herab. Dabei brach der dicke Zopf ab. Der Schädel blieb heil und sah nun aus wie ein Bubikopf.

Von dieser Stunde an war Lore versöhnt und ertrug den zopflosen Hausgenossen. Wollte sie mit ihrem Attentat gesagt haben, dass ein bezopftes Tongebilde nicht mehr in unsre zopflose Zeit passe?!

Walter Leistikow.

Das Diphtherie-Serum.²

SPD. Die Nachtglocke schrillt. Ein angstgehetzter Mann steht an der Haustür und bittet den aus dem Schlafe gerissenen Arzt, schnell zu kommen, um nach dem erkrankten Kinde zu sehen. "Die Kleine ist schon seit ein paar Tagen nicht recht auf dem Posten, aber wir haben weiter kein Gewicht darauf gelegt. Heute Abend stellt sich plötzlich Fieber ein. Sie klagt über Halsschmerzen. Die Zunge und der Rachen sind belegt...."

Der Arzt untersucht, blickt in den Hals des Kindes - spricht ein schreck-einflössendes, unbarmherziges, toddrohendes Wort: Diphtherie!

Und dann geschieht das Wunderbare: der Arzt legt Spritze und Ampullen

zurecht, injiziert eine hellgelbe Flüssigkeit in den Schenkel des Kindes - und das Kind, das schon dem Tode verfallen schien, wird gerettet! - -

Bis zum Jahre 1891 war die Diphtheritis (Rachenbräune) eine Krankheit, deren epidemischem Auftreten und Verlauf die Ärzte ratlos gegenüberstanden. Die Sterblichkeitsziffer schwankte und stieg bisweilen bis auf 70 % der erkrankten Kinder. Und niemand konnte helfen! Man liess, wenn wieder einmal das Gespenst "Diphtheritis" durch die Häuser schlich, die Kinder vorbeugend gurgeln; man schnitt in verzweifelten Fällen den mit dem Ersticken Ringenden die Luftröhre auf und schob ein Röhrchen hinein, um den Lungen dadurch die Luft zuzuführen, die der durch ein Häutchen, eine dünne Membrane verschlossene Hals nicht passieren liess - man kämpfte gegen den Tod und hatte dabei doch keine Waffe, um ihn aus dem Felde zu schlagen, die winzigkleinen, keulenförmigen Bazillen und das tödliche Gift, das sie absondern, unschädlich zu machen, seine Wirkung zu zerstören....

1884 entdeckte der Arzt Friedrich Löffler den Erreger der Diphtheritis. Zum erstenmale sah er unter dem Mikroskop den Urheber so vieler Leiden: ein unscheinbares Stäbchen, das so viel Ängste, Qual und Tod im Gefolge hatte. Sein sofort eifrig aufgenommenen Tierversuche endeten jedoch mit einem Fiasko. Es war ihm nicht vergönnt, das begonnene Werk zu Ende zu führen; er vermutete wohl dass der Bazillus, der an sich ziemlich harmlose Eigenschaften zeigte, in geheim ein tödlich wirkendes Gift absondern müsste - aber er konnte nicht den Nachweis erbringen und stellte sein Suchen ergebnislos wieder ein.

Den Weg, den Friedrich Löffler als Erster beschritten hatte, zu Ende zu gehen und uns neben der Erkenntnis der mordenden Wirkungen dieses Bazillus auch das Mittel zu seiner Bekämpfung in die Hand zu geben, blieb einem anderen vorbehalten: Emil von Behring.

Etwa zur gleichen Zeit (1888 bis 1891), da in Paris, dem Institut Pasteur (Louis Pasteur, dem 1885 die Herstellung des Antitoxins gegen die Tollwut gelungen war, lebte damals noch), der Bakteriologe Emile Roux, ein begeisterter Mitarbeiter Pasteur's, zum ersten Male das ausgeschiedene Gift der Diphtheriebazillen isolieren konnte, suchte in Berlin der Militärarzt Emil Behring nach einem Mittel, das die tödlichen, giftabsondernden Mikroben der Diphtherie zerstörte, bevor sie ihr mordendes Werk vollbringen konnten. Er arbeitete im Koch'schen Laboratorium in der Schumannstrasse, unter der Aufsicht jenes Robert Koch, der als einfacher Landarzt 1881 zum erstenmal einen anderen Todfeind der Menschheit, die Stäbchen der Tuberkelbazillen, unter dem Mikroskop erkannt hatte. Jetzt war Koch schon Professor und Geheimrat; unter seine kühl prüfenden, unbeirrbareren Leitung arbeitete ein ganzer Schwarm forschungsfreudiger Bakteriologen (wer kennt nicht von ihnen z.B. den Namen Paul Ehrlich's, des Erfinders des "Salvarsan", jenes Heilmittels gegen eine noch viel grauenvollere Krankheit: die Syphilis!) - und so hockte auch der phantasiereiche Emil Behring in seinem Zimmer und opferte auf der Suche nach einem Mittel Dutzende von Meerschweinchen, bis er endlich - den ersten kleinen Erfolg zu verzeichnen hatte!

Aber es war ein Sieg, an dem der Forscher keine Freude hatte. Es sah eine Kur des Doktor Eisenbart verzweifelt ähnlich. Gewiss, die Versuchstiere wurden von den Diphtheriebazillen befreit; das Gegenmittel half radikal, doch leider oft so radikal, dass die unglückseligen Meerschweinchen starben - nicht durch das Wirken der Diphtherieerreger, sondern durch den allzu kräftigen Angriff des "Heilmittels". -

Aber Behring liess sich nicht entmutigen. Er sah einen Weg und ging ihn weiter, zäh, ausdauernd und immer das grosse Ziel vor Augen sehend. Er knüpfte an die Ergebnisse Roux' an, experimentierte, verwarf, versuchte von neuem und erlitt wieder Schiffbruch mit seinen Versuchen, eine vorbeugende Immunisierung der Versuchstiere durchzuführen. Endlich entschloss er sich, sein Serum nur noch als direktes Heilmittel bei schon Erkrankten anzuwenden und auf die Weiterführung seiner Versuche zwecks Herstellung eines Präventivmittels

zu verzichten.

1891, kurz vor der Jahreswende, erhielten zum ersten Male schwerkranke, nach Atem röchelnde Kinder Injektionen von dem Behring'schen Antitoxin. Es war ein Erfolg - ein fast voller Erfolg. In der Welle von Jubel, die damals über die Welt ging, vergass man beinahe, dass das Serum nicht in allen Fällen half. Noch hafteten auch seiner Herstellung Mängel an, die zu beheben wiederum Emile Roux, der Franzose, auf dem Plan erscheinen. Wahrlich, ein selten schönes Beispiel des Zusammenwirkens eines deutschen und eines französischen Arztes und Forschers zur Erreichung des grossen Menschheitszieles, das beide vorschwebte! Wieviel hätten beide Völker daraus lernen können - - und wie wenig hat man daraus gelernt.....

Roux fand einen Weg, das bis dahin schwer herzustellende Serum leicht und ohne jede Quälerei der Tiere von Pferden zu gewinnen. Jetzt war genug von dem Mittel vorhanden. Grosszügige Anwendung brachte die erneute Bestätigung seiner Wirkung. Es hilft nicht immer; aber, wenn es nicht zu spät abgewandt wird, hilft es fast stets - ausser bei besonders bösartigen Erscheinungsformen der Diphtheritis. Auf jeden Fall ist es ein Mittel, das schon unendlich vielen Kindern das Leben gerettet hat, und dessen die Medizin nie wieder entraten möchte.

Neuere Versuche haben auch Möglichkeiten zur vorbeugenden Anwendung des Serums erschlossen. Hunderttausende von Säuglingen werden ohne jede Gefahr geimpft und für Lebenszeit gegen die Diphtheritis immunisiert. Es wäre wünschenswert, dass sich der Gedanke der vorbeugenden Behandlung immer mehr verbreitete, dass auf diese Art immer weniger Menschenleben der Seuche zum Opfer fallen; dass damit das hohe Ziel des Weges erreicht wird, an dessen Anfang neben den anderen ein Name leuchtet, stolzer Triumph der Wissenschaft: Emil Behring!

Walter Schirmeier.

ABSCHLUS VOM LÄRM.

SPD. Seitlich von der alten und kleinen Stadt Uetersen in Holstein steht die Kirche, noch heute im Volksmunde "Kloster" genannt, denn vor einigen hundert Jahren haben hier Mönche gewohnt. Sie sind längst dahin gegangen in jenes Reich, das sie vorbereiten wollten. Kriege sind vorübergezogen, und das wuchtige, rostbraune Gemäuer der Kirche mit der "Bimmel", einer reichlich dünnen Glocke, steht noch immer, im Sommer zwischen blühendem Holunder, im Winter flankiert von den Lebensbäumen und den Riesenstämmen der Eichen und Buchen. Eigentlich treten die Grabsteine im Schatten der Pfeiler und Bäume etwas zurück, sie drängen sich den Lebenden nicht allzu sehr auf - etwas am Plan dieses ganzen, schlichten Friedhofes ist betonte Bescheidenheit des Gewesenen. Es ist vorhanden, nicht fortzudenken; es blickt weise und still in die Zeit, in die Augen der Menschen, die vorüberkommen, und lässt den Dingen ihren Lauf.

Leise tritt man schon, wenn noch nicht die Pforte klirrte, die Angel kreischte. Es ist, als schliefe die Kirche mit den Bestatteten, als blühten die Blumen auf den Gräbern, die Dolden in den Zweigen mehr aus Treue zuden Toten denn aus Freude an der Sonne - und im Winter gar, wenn, hartgefroren, der Boden hohler klingt unter dem Schritte des Wanderers im Leben, wenn Reif wie Salz aus Gottes Hand gestreut ist oder Schnee, ein Pelz der frierenden Haut, gebreitet liegt, dann starrt man wohl hinauf gegen den Turm, der gar nicht bis an die Wolken reichen will und dennoch so unbeirrt in den Himmel zeigt.

Ein Geheimnis muss hier wohnen, auf diesem kleinen Raume, der allen Heimat wurde, die in vierhundert Jahren ringsum die Augen schlossen. Kein Professor der Gartenbaukunst hat ihn entworfen. Ernst und eindringlich gingen die Menschen hierher zum letzten Gange, legten einen neben den andern und wünschten ihm die Ruhe, die niemals das Leben schenken kann. Dann traten sie

zur Seite, sandten einen Blick zur Ruhestatt und wandten sich der kleinen alten Stadt und ihren Geschäften zu. So wuchs der Friedhof, und nun ist es seit langem schon so weit, dass man draussen, weiter vor der Stadt, ein grosses Feld bearbeitet, umfriedet, in Wege und Plätze eingeteilt hat und nicht einmal mehr ein neuer Gast des Todes die liegende Runde für eine Weile stört. Sie sind unter sich, ein enger, vertrauter, mit allem einiger Kreis. Verwittert ist das Gold der Namen, verwaschen sind die Steine, Rost nagt an den Ketten.

Seit langem war ich nicht mehr in Uetersen gewesen. Erst in diesen Winter tagen trieb mich eine stille Freude an derholsteinischen Landschaft wieder einmal dorthin. Ich fand vorbei an der Werkstatt des Drechslers vor dem Park, tra in den Seitenpfad, und bald schwang die alte Pforte und liess mich ein in die grosse Stille. Zum ersten Male, seitdem ich je hierher gekommen, hing zwischen dem Baumgäst die Trübe eines Tages vor dem Regenbeginn. Grau stand alles, auch das Braun der grossen Steine im Kirchenrumpf. Verschlussen war die Türe, und nicht einmal der Wind erinnerte an die Welt. Die Kälte legte sich auf meine Augen. Ich wusste nicht mehr, warum ich eigentlich in das Reich der Schlafenden eingedrungen war. Ich fand sie nicht wieder, die sanfte, schwingende Ruhe, die ich immer im Sommer mitgenommen von hier, und die mich noch lange draussen zwischen den Stadtmauern und Menschenegleitet hatte wie ein unsichtbarer Schutz. Aber auch mich abwenden und gehen konnte ich nicht. Mir war, als zöge mich aus der Schattenwelt eine Macht, ewig und immer zu bleiben, alles Geschäfte, alle Pläne ruhen zu lassen, selbst die Träume zu vergessen....

"Ich liebte niemals noch so sehr das Leben...."

Welche Stimme war es, die jetzt, an diesem Orte, Puccini sich zugewandt? So leise sie herüberschwang aus dem grossen Leben, sie klang voll und quellend. Der Frauenmund, der sich öffnete, diesen Tönen Raum zu geben, stand jung und dennoch weise vor meinen Augen. Ich ging der Stimme nach. Jenseits des Gitters lag ein Park. Darin stand ein weisses Haus. Ein Oberfenster schien nicht ganz geschlossen zu sein - auch die dumpferen Anschläge des Pianos waren bald zu hören. Wirklich, sie lebte, diese Stimme, und sie war ein Gruss an diesem dunklen Tage - und wieder, wie im Sommer aus dem Dufte der Dolden und des Buchsbaums, nahm ich auch jetzt mit fort die tragende Ruhe, das Wissen um ein "Mehr hinaus in die Stadtmauern weit von Uetersen und seinen abseits lebenden Menschen, seinen abseits schlafenden Ahnen...."

Walter Anatole Persich.

Das Stuttgarter Schloss.^x

SPD. Anstelle der alten Burg, die ursprünglich als gross angelegte Weinkellerei des Klosters Hirsau gedient hatte, liess Herzog Christoph von Württemberg in der Zeit von 1553 bis 1570 das "alte" Schloss in Stuttgart errichten. Das Herzogtum war damals gerade im Kampfe gegen den Kaiser zu einem evangelischen Territorium geworden, und der Herzog, der sein eigenes Land hatte zurück erobern müssen, hatte nichts Eiligeres zu tun, als unter ungeheuren Kosten sich eine repräsentable Wohnung zu bauen.

Der Hauptbau enthielt im Erdgeschoss die "Turnitz", den prächtigen Rittersaal, von dem ein zeitgenössischer Chronist schreibt: "Die Balken künstlich ausgehauen, mit Laubwerk, Bildwerk anzuschauen, gedreht, gestochen und geschnitzt und glatt balieret, dass es glitzt." In die oberen Stockwerke liess die Laune des Fürsten einen Aufgang für Pferde bauen, der bis zum Garten auf dem flachen Dache führte. Diese "Reitschnecke" galt mit Recht als eine der merkwürdigsten baulichen Sehenswürdigkeiten Stuttgarts. Drei weitere Flügel, die Christoph an diesen Hauptbau anfügen liess, umschlossen einen viereckigen Hof. Dreireihige offene Galerien, zierliche Sonnenuhren und eine Schlaguhr

mit zwei Hirschen, die bei jedem Stundenschlag ihre Geweihe zusammenstießen, all dies zusammen schuf in der Grosstadt, nur wenige Schritte vom lärmendsten Verkehr entfernt, einen jener stillen Winkel, die auch den Nüchternsten für Augenblicke zum Romantiker machen können. Drei runde Ecktürme zierten die drei Gebäude. Der 10 Meter tiefe Wassergraben, der das Schloss umzog, diente gleichzeitig der Fischzucht. Gegen das heutige neue Schloss zu lag der herrliche Lustgarten - jetzt Schlossplatzanlagen -, der in ganz Europa gerühmt wurde wegen seiner "welschen" Bäume, Orangen, Pomeranzen, Zitronen, Oliven und Lorbeer.

Der Brand vom 21. Dezember 1931 ist nicht der erste, der das alte Schloss heimgesucht hat. Im Jahre 1569 brach im langen Saal ein Brand aus, der freilich schon nach zweistündiger Dauer gelöscht werden konnte. 1720 Personen halfen damals bei den Löscharbeiten. Sie wurden vom Herzog mit acht Eimern Wein belohnt. Dazu wurden Brote ausgegeben, die in der herzoglichen Kasse mit 15 Gulden verrechnet stehen.

Während des dreissigjährigen Krieges wurde das Schloss von den Kaiserlichen geplündert und der Lustgarten zertreten.

Mit Herzog Karl Eugen, dem Landesvater Schillers, hat das alte Schloss aufgehört, als Wohnsitz des regierenden Fürsten zu dienen. Er baute nach dem Vorbilde Ludwigs XIV. und seiner erlauchten Kollegen in den übrigen deutschen Ländchen in den ehemaligen Lustgarten das neue Schloss. Das alte Schloss wurde zum Teil Museum- und Finanzamt.

15 Millionen Volt.^x

SPD. Seit Jahren arbeiten die Berliner Forscher Brasch und Lange an der Schaffung von Einrichtungen, durch die es möglich wird, Atomzertrümmerungen mit grösseren Energien durchzuführen, als sie dem grossen englischen Physiker Rutherford zur Verfügung standen, der mit Hilfe der Alpha-Strahlen des Radiums Atomzertrümmerungsversuche durchgeführt und eine Theorie des Atomzerfalles aufgestellt hat. Rutherford bombardierte Heliumatome. Die oben genannten Forscher wollen ihre Versuche auch mit anderen Atomen, z.B. mit denen des Wasserstoffes, durchführen. Sie wollen auch den Einfluss schneller Kathodenstrahlen und durchdringender Röntgenstrahlen auf den Atomkern untersuchen. Diese Versuche aber setzen die Erfüllung zweier Forderungen voraus: die Erzeugung der benötigten Hochspannungen von mehreren Millionen Volt und die Schaffung von Entladeröhren, in denen diese hohen Spannungeneinwandfrei beherrscht werden können.

Als diese Arbeiten im Jahre 1927 begannen, standen den Forschern keine für ihre Zwecke durchgebildeten technischen Hilfsmittel zur Verfügung. Man war auch der Ansicht, dass es sich nicht lohne, sie lediglich für wissenschaftliche Versuche von zweifelhaftem Ausgange zu schaffen. Die Forscher griffen daher auf das atmosphärische Gewitterfeld zurück. Sie bauten in grossen Höhen inmitten einer gewitterreichen Gegend - und zwar am Monte Generoso bei Lugano - eine Anlage, die man als Blitzfalle bezeichnen konnte. Nachdem Versuche mit einer Hilfsanlage befriedigende Ergebnisse gezeitigt hatten, wurde zwischen zwei überhöhten Gipfeln des bogenförmigen Bergkammes eine 670 Meter lange metallische Verspannung angebracht, die an den beiden Enden durch Ketten von Steatit-Motorenisolatoren für etwa 3 Millionen Volt Gleichstrom isoliert war. Ursprünglich wollte man nur mit Gleichstrom arbeiten. So bauten die Forscher zur Erzielung möglichst grosser Kräfte ein vierhundert Quadratmeter grosses weitmaschiges Netz aus Draht, das an der Verspannung befestigt wurde. Ausserdem wurde der Durchmesser der nach den Messgerätenführenden Zuleitung sehr gross gewählt, um Sprühverluste zu vermeiden. Später stellte

sich heraus, dass für den Betrieb der Entladungsröhren kurze Spannungsstösse, wie sie bei Blitzen vorkommen, besonders günstig sind. Man konnte daher das mit vieler Mühe gebaute Drahtnetz entbehren und die bei Blitzschlägen durch plötzliche Umladung auf die Antenne eintretenden Elektrizitätsmengen für die Spannungserzeugung benutzen. Die Arbeiten führten bereits im nächsten Jahre zu dem Erfolge, dass Spannungen von 5 bis 6 Millionen Volt gemessen werden konnten. Später wurden zum Abspannen der Antennenanlage 90 Meter lange imprägnierte Hanseile verwendet, deren Endpunkte durch keramische Isolatoren geschützt wurden. Bei den ersten Versuchen benutzten die Forscher eine gewöhnliche Hebelfunkkenstrecke, die dann durch eine bequem zu regulierende Durchhangfunkkenstrecke ersetzt wurde. Die damit zu erreichende grösste Öffnung von 18 Metern wurde von den bei Gewitterschlägen auftretenden Entladungen leicht überschlagen, wobei unter Berücksichtigung der Stosspannung, die etwa der im Augenblick auftretenden Wirkung eines kräftigen Hammerschlages vergleichbar ist, hier Spannungen von 10 bis 15 Millionen Volt aufgetreten sein mögen.

Besondere Schwierigkeiten verursachte der Aufbau eines geeigneten Entladungsröhres. Die Aufgabe wurde schliesslich durch Verwendung von Hartpapier- und Metallringen gelöst, die abwechselnd aneinandergereiht wurden. Der für die Versuche notwendige luftleere Raum setzte eine besonders gute Abdichtung der Röhren voraus, die durch Gummiringe erreicht wurde.

Nachdem die Versuche so weit gediehen waren, tauchte der Gedanke auf, die benötigten Spannungen auch im Laboratorium zu erzeugen und mit künstlichen Blitzen zu arbeiten. Die AEG stellte dafür ihr Laboratorium zur Verfügung. Sie lieferte auch einen Stossgenerator, der kurze Stromstösse mit einer Spannung von 2,4 Millionen Volt lieferte. Augenblicklich sind die Forscher damit beschäftigt, im staatlichen Physikalischen Institut in Berlin einen neuen Stossgenerator zu bauen, dessen Umfang erheblich kleiner ist, der aber Stromstösse mit einer Spannung von 7 Millionen Volt zu liefern vermag.

Neben den rein physikalischen, auf die Zertrümmerung von Atomen gerichteten Versuchen ist man bestrebt, die Wirksamkeit der erzeugten schnellen Elektronen für medizinische Zwecke zu prüfen. Es ist vielleicht möglich, diese unter Benutzung hoher Spannungen erzeugten Strahlungen anstelle der Radiumstrahlen für Heilzwecke auszuwerten. Radiumstrahlen werden heute in der Medizin zur Zerstörung krankhafter Gewebe benutzt, sodass unter Umständen blutige Operationen vermieden werden. Leider ist die Geschwindigkeit der Radiumatome viel zu gering, sodass lange Einwirkungszeiten nötig sind, durch die aber auch gesunde Gewebe angegriffen werden können. Tierversuche haben nun gezeigt, dass die mit hohen Stosspannungen erzeugten elektrischen Strahlungen den Radiumstrahlen bei weitem überlegen sind. Wie weit man diese Ergebnisse auf den kranken Menschen anwenden kann, das müssen die weiteren Arbeiten zeigen.

Endlich möge noch darauf hingewiesen werden, dass man sich von der Möglichkeit der Atomzertrümmerung das Freiwerden gewaltiger Kräfte verspricht, durch die eine völlige Umgestaltung der gesamten Energiewirtschaft und damit der Grundlagen unsrer heutigen Technik erreicht werden soll. Sicher ist jedenfalls, dass wir auch heute erst am Anfang eines wirklichen technischen Zeitalters stehen. Aus der technischen Entwicklung aber wird sich die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ergeben.

Willy Möbus.

SPD. Das vierbeinige Auto.^x Schnapp fährt in einer Pferdedroschke spazieren. Das Pferd reguliert während der Fahrt seine Verdauung. Da sagt Schnapp zu dem Kutscher: "Schliessen Sie mal den Auspuff!"
